Glaubwürdig, wirtschaftlich, zukunftsfähig. Eine moderne Beschaffungspolitik muss nachhaltig sein.

Eröffnungsvortrag von Marlehn Thieme

bei der Fachkonferenz des DIHK „Grüne Beschaffung“

am 16.06.2010 in Berlin

Nachhaltigkeit. Das ist ein Wort, das bei den meisten Menschen gelangweiltes Gähnen auslöst. Und ich nehme es ihnen nicht übel. Denn Nachhaltigkeit wird vorwiegend als politische Floskel, moderne Allzweckwaffe für inhaltsloses oder auch moralinsaures Gerede verwendet. Alles Gute und Wünschenswerte wird hineingepackt – fertig ist eine Werbeformel, gegen die kein Mensch sein kann.

Der inflationäre Gebrauch des Begriffs Nachhaltigkeit birgt aber auch eine große Chance: Wer den Begriff führt, muss erklären, was er damit meint.
Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung definierte die Brundtland-Kommission wie folgt:

„Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können."

Übersetzt verstehe ich unter nachhaltigem Handeln, das zu tun, was wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch tragfähig ist – für heutige und nachfolgende Generationen und für alle Menschen weltweit. Das ist nicht weniger als der kategorische Imperativ, die Regel des „ehrbaren Kaufmanns“, der im Land der sozialen Marktwirtschaft immer noch und gerade jetzt einen ausgezeichneten Ruf genießt. Und das ist auch nicht mehr als die ethische Grenzziehung für Freiheit, die Verantwortung, - oder die Rückseite der Münze „Freie Marktwirtschaft“ und „Freiheitlicher Staat“. Die Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt ist gemeint, die jede Freiheit immanent begrenzt, so wie in unserem deutschen Modell der Sozialen Marktwirtschaft seit über 60 Jahren.

Einem so begründeten Anspruch nachhaltigen Handelns entkommt keiner - oder alle. Und daher ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit und dann des Vertrauens, selbst den Ansprüchen gerecht zu werden, die man anderen ins Stammbuch schreibt. Die anderen sind in der Regel

schnell identifiziert und einer zeigt schnell auf den nächsten - manchmal sogar mit bedrohlich ausgestrecktem Finger: Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger, der Staat – je nachdem, in welcher Funktion sie als Produzenten, Beschaffer oder Konsumenten, Wähler oder Steuerzahler, Aktionäre oder Arbeitnehmervertreter agieren: Unternehmen z.B. sollen hohe Produktqualität „Made in Germany“ bei angemessener Bezahlung (auch der gesetzlichen Sozialleistungen) liefern. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur das Billigste kaufen, sondern auch die regionale, deutsche und europäische Wirtschaft mit ihrer Nachfrage stützen. Der Staat soll per Gesetz eingreifen, wo Wettbewerb oder freiwillige Selbstverpflichtungen nicht helfen. Doch auch hier gilt: wer auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst.

Alle Akteure müssen verlässlich anpacken und in ihrem Verantwortungsbereich ihr Möglichstes im Sinne ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich sinnvollen Handelns tun, damit Nachhaltigkeit Wirklichkeit werden kann. Alles hängt mit allem zusammen. Keiner darf signifikant ausscheren und alle brauchen Vertrauen. Ich möchte Sie als Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung ermutigen, den in diesem Fall wirklich alternativlosen Weg Nachhaltigen Wirtschaftens im Beschaffungsbereich zu beschreiten und ihnen Vertrauen vermitteln, dass dieser Weg erfolgreich sein wird:

Dazu werde ich im Folgenden 3 Thesen herausarbeiten. Sie beziehen sich auf

1. die Wirtschaftspolitischen Chancen der Nachhaltigkeit
2. die Chancen der Nachhaltigkeit für die Deutsche Wirtschaft
3. Nachhaltigkeit in der Beschaffung als Aufgabe eines vorsorgenden Staates

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung in der Nachhaltigkeits-strategie und -politik bereits seit **neun** Jahren. Seit 2001 gibt es eine Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die politische Initiativen über Legislaturperioden und Kompetenzbereiche hinweg bündelt und überprüft, ob und inwieweit die gesetzten Ziele erreicht werden. Zum „**Roten Faden**“ der Bundesregierung ist diese Nachhaltigkeitsstrategie aber noch nicht ausreichend geworden. Noch viel zu häufig stehen einzelne Ressortaktivitäten unverbunden nebeneinander oder blockieren sich sogar im Kampf um Profil und Budgets. Ein modernes Politikverständnis muss diese Grabenkämpfe überwinden und Handlungsalter-nativen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele **transparent** und **vernetzt diskutieren**.

Der Rat hat als Beratungsgremium ein Selbstbefassungsrecht und beschäftigt sich daher auch mit Themen, die sich durch öffentliche Debatten und Problemlagen aufdrängen. Eines der Themen war Nachhaltiges Wirtschaften mit den Anwendungsfeldern unternehmerischer Verantwortung, nachhaltigen Konsums und öffentlicher Beschaffung und mit der derzeit höchsten Aktualität der Staatsfinanzierung angesichts hoher Staatsausgaben und offener und verdeckter Staatsverschuldung. Zu diesen Themen habe ich in der letzten dreijährigen Berufungsperiode mit meinen Ratskollegen und -kolleginnen intensiv gearbeitet. Was ich in die Rats-Arbeit mitbringe, ist die Auffassung der protestantischen Ethik, die Freiheit und Verantwortung als Handlungspostulate versteht. Es sind aber auch Erfahrungen im Geschäft der Deutschen Bank und damit eine gehörige Portion Realismus, wie etwas in der Wirtschaftswelt funktioniert und was auf der Agenda steht.

Vor diesem Hintergrund komme ich zu der

1. Kernthese:

Viele Unternehmen haben die wirtschaftlichen Chancen von einer Orientierung an Nachhaltigkeit bereits erkannt und haben sich strategisch zukunftsorientiert nachhaltig ausgerichtet.

Die **Münchner Rück** hat ihre Rückversicherungspolicen auf Klimawandelschäden vorrausschauend umgestaltet.

BMW hat Nachhaltigkeit in seiner strategischen Arbeit verankert. Ihre Dimensionen finden sich in der Balanced Scorecard wieder und nehmen so Einfluss auf zum Beispiel die Zielvereinbarungen des Managements oder das Umweltmanagement an allen Produktionsstandorten. Dieses ist auf das Konzernziel ausgerichtet: Ressourceneinsparung in Höhe von 30% ggü. 2006 bis zum Jahr 2012!

Ein weiteres Beispiel für ein Unternehmen, das Nachhaltigkeit erfolgreich im Kerngeschäft verankert und zukunftsweisend aufgestellt ist, ist das Handelsunternehmen dm. Es hat eine eigentümerorientierte Philosophie und ist ökologisch und sozial aufgestellt. Erst kürzlich hat das Unternehmen zu einem Wettbewerb aufgerufen („Sei ein Futurist“), der zum Ziel hat pro Filiale ein herausragendes Projekt der Nachhaltigkeit zu küren. Das ist keine Corporate Citizenship Aktivität! Bei dm ist es Teil der strategischen Personalentwicklung, weil Mitarbeiter in den Filialen den Wettbewerb eigenverantwortlich betreuen. Ich könnte diese Liste noch erheblich verlängern…

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sieht sich durch diesen nur beispielhaft belegten Perspektiv- und Stimmungswechsel in wichtigen großen, aber auch immer zahlreicheren kleinen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Wirtschaft bestätigt.

Daher meine 2. Kernfeststellung: Nachhaltigkeit ist eine Chance für die deutsche Wirtschaft! Drei Gründe sprechen für den Erfolg nachhaltigkeitsorientierten Wirtschaftens:

1. der Klimawandel mit neuen Anforderungen an Wirtschaft und Technik der Zukunft,
2. der demografische Wandel mit einer weltweit wachsenden Bevölkerung einerseits und in Deutschland schrumpfender und alternder Bevölkerung andererseits sowie der unverantwortliche Umgang mit fiskalischen Risiken. Die zu hohen Schuldenberge sind nicht gerecht gegenüber nachkommenden Generationen: diese Erkenntnis ist inzwischen weit verbreitet.
3. Nachhaltigkeit wird immer mehr zu einer Sache, die im Kerngeschäft von Unternehmen eine zentrale Rolle spielt, und nicht mehr nur in Hochglanzbroschüren und PR-Abteilungen verwaltet wird.

Dieses Umdenken findet allerdings nicht in ausreichendem Masse Eingang in das Handeln des staatlichen Beschaffung auf allen Ebenen – mit der Folge, dass nachhaltig angelegte Angebote das Nachsehen haben und diese dann auch nicht als Best Practice ins Schaufenster für den Export gestellt werden können!

Die nachhaltige Beschaffungspraxis hat sich seit der Verabschiedung der EG Richtlinie zur Beschaffung 2006 und ihre Überführung in Deutsches Recht **zwar** weiter entwickelt:

- Es können soziale und ökologische Kriterien in der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen berücksichtigt werden – im Straßenbau, bei der Beschaffung von Dienstwagen oder der Beauftragung von Reinigungsservice
- Es ist auch positiv zu bewerten, dass sich in der Bundesregierung die Auffassung durchgesetzt hat, dass gesetzeswidrig handelt, wer das billigste Angebot beauftragt, ohne die Folgekosten über den Lebenszyklus zu kalkulieren. Die rechtliche Verankerung hierfür liegt in der aktuell überarbeiteten Vergabeverordnung 2010, die erstmalig die Betrachtung von Lebenszykluskosten z.B. in Form des Energieverbrauchs von Elektrogeräten vorsieht.

Aber die Praxis lässt sich und wird sich auch nicht überprüfen lassen, da kein verlässliches Datenmaterial vorliegt. Dies ist ein großes Manko, denn nur, was sich messen lässt, lässt sich

auch managen. Eine wichtige Kontrollfunktion kommt dabei den Bundes- und den Landesrechnungshöfen zu. Sie könnten und sollten nun prüfen, ob die öffentliche Vergabe wirtschaftlich im Sinne des modernisierten Vergaberechts handelt. Damit entstünde eine Datenbasis, die ein Monitoring der öffentlichen Beschaffung und somit eine notwendige interne und öffentlichen Bewertung möglich macht.

Denn was für Unternehmen gilt, gilt umso mehr für die öffentliche Beschaffung des Staates: Ist sie nur kurzfristig – womöglich an Mandatsperioden gebunden – ausgerichtet, führt das in die ökonomische und soziale Sackgasse. Langfristige Beschaffungsmuster hingegen berücksichtigen Folgekosten einer Beschaffungsentscheidung.

Der Bundesrechnungshof hat bereits seit langem kritisiert, dass Energieeffizienzmaßnahmen in staatseigenen Gebäuden nicht realisiert werden. Ich zitiere: „Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann überwiegend nicht beurteilen, ob die Gebäude in seinem Verantwortungsbereich wirtschaftlich geplant und betrieben werden.“ Mal ehrlich, das ist für jeden vernünftigen Menschen unvorstellbar! Es ist doch eine der Mindestanforderungen an den Staat ökonomisch vernünftig zu handeln!

Und dieses Versäumnis verspielt die Vorreiterolle, die der Staat haben könnte: eine Studie von McKinsey im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) zu den industrie-politischen Potenzialen der öffentlichen Beschaffung beschreibt, dass von den Treibhausgas-Emissionen der öffentlichen Hand, die im Jahr 2006 bei rund 43 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten lagen, bis 2020 rund zwölf Millionen Tonnen mit bereits heute verfügbarer Technologie eingespart werden könnten. Rund die Hälfte dieses Potenzials erschlösse sich **ohne zusätzliche Kosten**, nur durch den turnusmäßigen Neukauf effizienterer Geräte oder den Umstieg auf erneuerbare Energien. Die zweite Hälfte kann durch strukturelle Änderungen, vor allem durch die energetische Sanierung von Gebäuden, erreicht werden. Der überwiegende Teil des Vermeidungspotenzials kann auch unter Langfristaspekten wirtschaftlich realisiert werden, indem über den Lebenszyklus gerechnet mehr Kosten eingespart, als Geld investiert werden muss. Zum Beispiel bei der Beschaffung von Hybridbussen: Deren Treibstoffverbrauch soll etwa 30 Prozent niedriger sein als der konventioneller Busse. Über den Lebenszyklus gerechnet würden sich daraus Einsparungen in Höhe von etwa 120.000 Euro pro Bus ergeben.

Dieses Beispiel zeigt, dass eine nachhaltige Beschaffung wirtschaftlich effizienter ist. Hinzu kommt: die nachhaltig orientiere Investition unterstützt die Nachfrage nach neuen Technologien und Dienstleistungen. Das verschafft den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil, die heute schon ihr Kerngeschäft an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Letztlich wird damit auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dynamisch unterstützt. Mit einem Marktanteil von rund 10-15% am BIP (im Jahr 2006 = 250 Mrd. €) ist die Nachfragemacht der öffentlichen Hand eine volkswirtschaftlich bedeutsame Größe. Das ist konkrete Wirtschaftsförderung ohne komplizierte Subventionspolitik.

Daher sage ich mit meiner 3. These:
Die Frage nach der Umsetzung Nachhaltiger Beschaffungspraxis entscheidet sich am Willen der Entscheider auf Ebene des Bunds, der Länder und der Kommunen. Aber die Verantwortung der öffentlichen Beschaffung für eine zukunftsfähige und faire Wirtschaftsordnung bezieht sich nicht nur auf den Wirtschaftsraum Deutschland. Sie verweist wie die Nachhaltigkeitsstrategie auf eine weltweite nachhaltige Entwicklung.

Egal, wie attraktiv Sie den Begriff der Nachhaltigkeit finden: der englische Begriff **Sustainability** hat auf dem globalen Markt eine deutlich motivierendere Wirkung: der Begriff macht Laune und zettelt einen Wettbewerb um „wer ist der Beste“ an. Das kann man derzeit bei der Weltausstellung in Shanghai eindrucksvoll beobachten. Dort konkurrieren verschiedene Länder um das beste Modell für eine nachhaltige Stadtentwicklung: „Sustainable Development of Cities“!
Die Stadt Hamburg hat diesen Anspruch zum Anlass genommen, das erste zertifizierte Passivhaus nach China zu bringen!

Der Stern-Bericht hat ausgerechnet, dass der Klimawandel ein Business Case für alle Volkswirtschaften der Welt ist, wie viel mehr für die Unternehmen der entwickelten Industrienationen!
Die Wirtschaftskrise hat globalen Wettbewerben neue Potentiale und Finanzierungs-möglichkeiten aufgezeigt.

Die Frage der Aufstellung deutscher Unternehmen für staatliche Investitionen ist der Probelauf für den globalen Wettbewerb!

Deutsche Produkte sind auf dem Weltmarkt für erstklassige innovative Technik und fairen Service bekannt: in den Kriterien und Komponenten der Nachhaltigkeit heißt das Rohstoff- und Energieeffizienz, CO2-Optimierungen, Integrierte Transport- und Logistiksysteme, Know how Transfer für Anwender am Markt anzubieten:
Dies gilt global und kann hier und jetzt bereits entwickelt und erprobt, im Schaufenster gezeigt und dann auch als best practice weltweit beworben werden!

Sie als Vertreter von Unternehmen wollen auch in Zukunft erfolgreich arbeiten. Die Bundesregierung braucht weiter Erfolge in Sachen Klimaschutz und zukunftsfähiger Wirtschaftpolitik.

Nachhaltiges Wirtschaften ist eine win-win-Situation, um auf dem Markt der Zukunft zu bestehen.
Sie und alle können nur gewinnen, wenn es gelingt:

- Innovation und Nachhaltigkeit erfolgreich zu verknüpfen
- Im eigenen Land und beim eigenen Staat Modelle erfolgreich auszuprobieren und dann
- „Best Sustainable Practice – Made in Germany“ zu exportieren!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!